



Protokollauszug  
zum STADTTEILAUSSCHUSS HOHENECK

am Dienstag, 14.11.2017, 19:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1                      Haushaltsberatungen 2018 in den  
Stadtteilausschüssen

---

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** begrüßt die Mitglieder des Stadtteilausschusses und die zahlreichen Zuhörerinnen und Zuhörer zur Sitzung des Stadtteilausschusses Hoheneck. Er stellt fest, dass es seitens des Gremiums keine Einwände zur Tagesordnung gebe.

Sodann ruft OBM **Spec** den Tagesordnungspunkt 1 Haushaltsberatungen 2018 in den Stadtteilausschüssen auf. Auf Sachvortrag wird seitens des Gremiums verzichtet.

Herr **Kistler** (Fachbereich Finanzen) bejaht die Nachfrage von Mitglied **Zeltwanger**, ob beim Haushaltsposten „Erneuerung Neckarsteg“ die Belagerneuerung und die Geländeerhöhung enthalten seien.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorgebracht werden, schließt OBM **Spec** den Tagesordnungspunkt.

- historische Liegehalle des alten Heilbades
  - Neckaranlände
  - Neubau der Grundschulturnhalle
  - Bürgerbeteiligung in den Stadtteilen ab 2018
  - Lärmbelästigung durch den Gasthof "Krauthof"
  - Umleitungen für Fußgänger und Fahrradfahrer bei Baustellen oder Veranstaltungen
- 

**Beratungsverlauf:**

Nach der Beratung des vorgezogenen Tagesordnungspunkts 3, ruft OBM **Spec** den Tagesordnungspunkt 2 Beratungspunkte des Stadtteilausschusses Hoheneck auf.

Historische Liegehalle des alten Heilbades

Die Sanierung und Verlagerung zum Schwimmverein werde von der Wohnungsbau Ludwigsburg unterstützt und die Stadt habe die fehlenden 10.000 Euro der Kosten übernommen, so OBM **Spec**. Das Gremium nimmt dies unter Applaus zur Kenntnis.

Verteiler: WBL

Neckaranlände

Frau **Schmidtgen** (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) erläutert, dass die neue Anlegestelle für Linienschiffe 2018 realisiert werde. Fördergelder für die Bucht seien nicht zu erwarten, da die Fördertöpfe für die Beseitigung der Hochwasserschäden in Braunsbach verwendet würden. Die bestehende Anlegestelle sei für Kreuzfahrtschiffe zu klein und rechtlich nicht zulässig.

In diesem Zusammenhang würden andere Alternativen geprüft, so OBM **Spec**.

Auf die Frage von Mitglied **Roock**, wo die Kreuzfahrtschiffe in der Zwischenzeit anlegen würden, antwortet Frau **Schmidtgen**, dass es dort im Moment noch möglich sein werde, dies aber kein Dauerzustand sei.

Eine **Bürgerin** fragt, ob es nicht möglich sei, die bestehende Anlage zu erweitern.

Laut Frau **Schmidtgen** sei die Idee geprüft worden. Die bestehenden Poller seien dafür allerdings nicht ausreichend und die Kreuzfahrtschiffe würden trotzdem in die Fahrrinne ragen.

Verteiler: FB 67

Neubau der Grundschulturnhalle

Laut OBM **Spec** sei der Baufortschritt an der Turnhalle ersichtlich und der Innenausbau schreite gut voran. Die Baukosten von 2,3 Mio. Euro brutto seien bis jetzt eingehalten. Bis die neue Turnhalle in Betrieb genommen werde, bleibe die alte in Betrieb. Der Abbruch der alten Halle sei ab Frühjahr 2018 vorgesehen, dort entstehe dann bis ca. Mitte 2018 der Schulhof. Das Projekt sei auch ein Erfolg des Stadtteilausschusses.

- historische Liegehalle des alten Heilbades
  - Neckaranlände
  - Neubau der Grundschulturnhalle
  - Bürgerbeteiligung in den Stadtteilen ab 2018
  - Lärmbelästigung durch den Gasthof "Krauthof"
  - Umleitungen für Fußgänger und Fahrradfahrer bei Baustellen oder Veranstaltungen
- 

Mitglied **Zeltwanger** fragt, ob der angrenzende Bereich zu den Außenanlagen auch umgestaltet werden würde. Er regt an, in die Halle einen Sonnenschutz zu integrieren, der den Tischtennisspielern zugutekommen würde. Dieser koste ca. 6000 Euro.

Alle Vorschläge der Beteiligten seien bei den Planungen berücksichtigt worden, so OBM **Spec**. Die Kosten für den Sonnenschutz seien gewiss im Gesamtbudget darstellbar.

Die Außenplanungen werden lt. Frau **Schmidtgen** ans Protokoll angehängt.

Verteiler: FB 32, 48, 65

#### Bürgerbeteiligung in den Stadtteilen ab 2018

Mitglied **Zeltwanger** plädiert für eine Optimierung des Verfahrens der Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Stadtteilausschuss. Dies könnte die Neuschaffung von Kümmerer-Stellen vermeiden.

OBM **Spec** berichtet, dass angedacht sei, in der West- und Innenstadt neue Stadtteilausschüsse zu bilden. Die Stadt beabsichtige keine Abschaffung. Bürgerbeteiligung im Allgemeinen und die Stadtteilausschüsse im Besonderen seien eine wichtige Einrichtung in Ludwigsburg. So sei es angedacht, dass auch in Stadtteilen ohne Stadtteilausschuss Stadtteilkonferenzen stattfinden könnten. Es sei klar, dass dafür auch Personal nötig sei, das als Ansprechpartner für die Stadtteilausschüsse von hoher Wichtigkeit ist. Zwischen den Stadtteilausschusssitzungen könnten auch informell weitere Treffen stattfinden. Viele neue, dringende Themen seien in der Zukunft wichtig, wie z. B. die Digitalisierung. Der soziale Zusammenhalt in den Stadtteilen sei enorm wichtig. Stadtteilausschüsse seien hierfür ein bedeutsames Gremium für die Stadtteile. Öfter als bislang könnten in Hoheneck auch Bürgerveranstaltungen stattfinden.

Mitglied **Gehlen** regt an, dass noch vor der Sommerpause ein weiteres Treffen stattfinden könne, die Zeitspanne zwischen den Stadtteilausschusssitzungen im Frühjahr und November sei lange.

Laut OBM **Spec** werde das Thema bald im Gemeinderat behandelt. Eventuell gebe es dann einen zentralen Ansprechpartner bei der Stadtverwaltung. Eine umfassende Bürgerveranstaltung solle im Frühjahr in Hoheneck geplant werden.

Verteiler: Ref. NSE

#### Lärmbelästigung durch den Gasthof „Krauthof“

Mitglied **Gehlen** führt aus, dass im Gasthof immer mehr Veranstaltungen stattfänden, die mit Feuerwerk beendet würden. Die Frage sei, wie man mit den unangekündigten Feuerwerken umgehe.

- historische Liegehalle des alten Heilbades
  - Neckaranlände
  - Neubau der Grundschulturnhalle
  - Bürgerbeteiligung in den Stadtteilen ab 2018
  - Lärmbelästigung durch den Gasthof "Krauthof"
  - Umleitungen für Fußgänger und Fahrradfahrer bei Baustellen oder Veranstaltungen
- 

Kleinfeuerwerke seien seines Wissens nicht genehmigungspflichtig, so OBM **Spec**.

Mitglied **Roock** bekräftigt, dass Feuerwerke erst ab einer bestimmten Größe angemeldet und genehmigt werden müssten. Die Anzahl der Veranstaltungen mit Feuerwerk sei störend; der Bereich sei ohnehin lärmbelastet.

Mitglied **Zeltwanger** pflichtet bei, dass laut Auskunft des Landratsamtes alles im zulässigen Bereich sei. Er spricht sich für eine einvernehmliche Lösung mit dem Betreiber aus.

OBM **Spec** wolle mit dem Betreiber sprechen. Außerdem gebe es den Weg des privaten Klagerechts.

Verteiler: FB 32

#### Umleitungen für Fußgänger und Fahrradfahrer bei Baustellen oder Veranstaltungen

Frau **Schmidtgen** führt aus, dass die Anregung aufgenommen werde. Ausschilderungen seien nötig, leider halte sich nicht jeder Veranstalter an die Anforderungen. Es gebe ein überarbeitetes Formular der Verwaltung für Veranstaltungen, in dem der Passus besonders vermerkt sei.

Laut Mitglied **Blache** sollten auch Fußgänger und Radfahrer bedacht werden.

Verteiler: FB 32, 67

---

**Beratungsverlauf:**

Das Gremium einigt sich, TOP 3 vor dem TOP 2 zu behandeln.

OBM **Spec** führt generell zur Thematik aus, dass auch weiterhin in Ludwigsburg keine Massenunterkünfte gebaut werden sollen. Die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in allen Stadtteilen in kleinen Einheiten habe sich hervorragend bewährt. Durch das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger sei die Unterbringung in Ludwigsburg sehr erfolgreich, auch die Kirchen haben eine große Rolle bei der Integration geleistet. Es handle sich um Flüchtlinge und Asylsuchende, die größtenteils bereits in der Stadt wohnen und nun von der Trägerschaft des Landkreises in die städtische Obhut wechseln. Verunsicherungen seien normal, aber durch Zusammenarbeit seien vernünftige Lösungen möglich. Für 2018 müsse man Standorte für ca. 300 schon in Ludwigsburg lebende Asylsuchende finden. Grundstücke sollten möglichst im Besitz der Stadt sein, dadurch sei ein schneller Baubeginn möglich. In Hoheneck sei der bekannte Standort in der momentanen Überlegung. Die Devise der Verwaltung bleibe, dass man offen sei für Vorschläge aus den Stadtteilausschüssen und aus der Bürgerschaft. Es gehe um einen Flächenbedarf von ca. 1000-1200 qm. Die Entscheidung in den gemeinderätlichen Gremien sei zugunsten einer Diskussion in den Stadtteilausschüssen zurückgestellt worden. Erst dann wolle man im Gemeinderat entscheiden. Die geplanten Cubes der Wohnungsbau Ludwigsburg sollen nach der Verwendung als Anschlussunterkünfte für Wohnnutzung zur Verfügung stehen. Auf den Bau von Container wolle Ludwigsburg verzichten, diese böten keine Voraussetzungen für eine gelungene Integration.

Mitglied **Roock** gibt zu bedenken, dass die Standortwahl den Stadtteil hart getroffen habe. Schließlich sei der Platz der einzige Platz zum Ballspielen im Stadtteil, er werde außerdem als Parkplatz für das Bürgerhaus und als Festplatz genutzt. Er sehe ein, dass die Leute untergebracht werden müssen. Für die Nachnutzung der Cubes sehe er das Problem der Stellplätze.

OBM **Spec** kann die Bedenken nachvollziehen. Infrage kommende Flächen könnten auch durch die Stadt angekauft werden. Es gebe eine Übersicht mit den städtischen Grundstücken in Hoheneck, die zur Verfügung gestellt werden könne. Man sei offen für Vorschläge und für Hilfe aus dem Stadtteilausschuss.

Mitglied **Roock** schlägt eine Informationsveranstaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern vor, in der eine Lösung gemeinsam erarbeitet werden könne.

Dies sei ein sehr guter Vorschlag um eine Lösung zu finden, so OBM **Spec**. Er regt an, dass die Stadtverwaltung einen zeitnahen Termin sucht. Eine öffentliche Einladung an die Bürgerinnen und Bürgern solle rechtzeitig erfolgen. Vor Ort solle die Thematik dann detailliert anhand von Plänen diskutiert werden.

Mitglied **Zeltwanger** wirft ein, dass er sich Bürgerbeteiligung in Ludwigsburg anders vorstelle. Diese sei nicht integrationsförderlich. Man sei weit entfernt von Bürgerbeteiligungen wie sie in der Zukunftskonferenz erarbeitet habe. Es könne nicht sein, dass man über die Presse davon erfahre.

OBM **Spec** erwidert, dass es nicht angebracht sei, sich so politisch zu positionieren. In der Vergangenheit habe es ebenfalls immer Informationsveranstaltungen gegeben. Vor einer Bürgerbeteiligung müsse der Gemeinderat informiert werden. Die Beratungen seien stets öffentlich vorgesehen gewesen. Nun werde man den sachlichen Vorschlag von Mitglied Roock gerne aufnehmen und in einer guten Bürgerbeteiligung umsetzen.

Ein **Bürger** bezeichnet es als Schock, als er von den Planungen erfahren habe.

Er könne die Skepsis gut nachvollziehen, so OBM **Spec**. Es handle sich um ein großes politisches Thema, das er in Zusammenhang mit globalen Themen wie die Klimaveränderung bringt. Ludwigsburg engagiere sich in Form einer Klimapartnerschaft mit Projekten in Kongoussi.

Mitglied **Blache** könne dem zustimmen. Da es um den Erhalt des Bolzplatzes gehe, schlägt er die Verlagerung des Platzes zur Grundschule vor.

Mitglied **Roock** fordert, dass vonseiten der Stadt Alternativen benannt werden sollten. Der Bolzplatz dürfe nicht bebaut werden.

Mitglied **Zeltwanger** erinnert daran, dass bereits vor Jahren ein zweiter Bolzplatz weggenommen worden sei.

OBM **Spec** zeigt sich offen für Vorschläge. Die Informationsveranstaltung wolle die Stadt gemeinsam mit dem Stadtteilausschuss vorbereiten und durchführen. Dort solle dann die Thematik ausführlich besprochen werden.

#### **Beratungsverlauf:**

Die Planungen und Entwürfe seien vorgelegt worden und seien veröffentlicht, so OBM **Spec**. Zur Bürgerveranstaltung in Hoheneck wolle man die Pläne mitbringen.

Mitglied **Zeltwanger** bittet darum, die Anlände am Hohenecker Ufer anzulegen.

Mitglied **Hoffmann** fragt, wo die Hotelschiffe genau anlanden. In Neckarweihingen sehe er eigentlich keine Probleme, der sinnvollere Stadteingang sei am Hohenecker Ufer.

Laut OBM **Spec** werde das aufgenommen und an einer vernünftigen Lösung gearbeitet.

**Beratungsverlauf:**

Unter Tagesordnungspunkt Verschiedenes spricht Mitglied **Roock** die Einlassstelle für Rettungsboote an.

Frau **Schmidtgen** berichtet, dass die Planungen derzeit laufen würden. Die erste untersuchte Einlassstelle sei aufgrund des Wasserstandes nicht realisierbar. Die zweite Variante in der Nähe des Fußgängerstegs werde 2018 realisiert.

OBM **Spec** interessiert, ob das Rettungsboot auch immer im Wasser sein könne. Durch das Einlassen ins Wasser verliere man im Ernstfall ja wertvolle Zeit.

Laut Mitglied **Roock** sei dies wasserstandsbedingt und hänge auch davon ab, ob ein Gebäude vorhanden sei. Im Wasserrettungskonzept habe man Überlegungen zur Beschleunigung von Rettungsansätzen angestellt. Möglich sei, ein kleineres Boot zur schnellen Erstrettung im Bereich der Bucht über die Wiese ins Wasser zu lassen. Ein zweites, größeres Boot könne dann flexibel und unabhängig von den Schleusen an jeweiligen Ort ins Wasser gelassen werden.

OBM **Spec** findet diese Vorgehensweise sinnvoll. Man wolle hier weiter in der Abstimmung bleiben.

Verteiler: FB 67

Mitglied **Zeltwanger** fragt nach dem genauen Termin für die Bürgerinformation zum Thema Anschlussunterkunft.

Dies werde noch Ende November/Anfang Dezember stattfinden, so OBM **Spec**.

Er dankt den Mitgliedern des Stadteilausschusses für die engagierte Arbeit und für das Interesse aus der Bevölkerung. Er schließt anschließend die Sitzung.